

Iran: Landesweite Protestwelle gegen die Diktatur

Mutige Bürgerproteste für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit

Das Regime reagiert mit brutaler Unterdrückung und Massenverhaftungen

Internationale Kampagne: Gewalt gegen Demonstranten stoppen! Gefangene freilassen! Menschenrechte verteidigen!

Januar 2018

Im Iran haben im Dezember 2017 und Januar 2018 zehntausende Menschen mit großem Mut für das Ende der islamistischen Diktatur demonstriert. Mit friedlichen und legitimen Protestkundgebungen forderten die Demonstranten soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, die Trennung von Staat und Religion, die Gleichberechtigung der Frauen und das Ende der Einmischungen des Teheraner Regimes in Ländern wie Syrien und dem Libanon. In über 100 iranischen Städten haben Menschen mit den Protesten gezeigt, dass sie nicht mehr bereit sind, das Unrecht schweigend hinzunehmen.



Teheran: Studenten protestieren gegen Unrecht und Unterdrückung

Trotz der gewaltsamen Niederschlagung der Großdemonstrationen durch Regime-Truppen machen die Menschen im Iran ihrer Wut über die jahrzehntelange Unterdrückung weiter mit Straßenprotesten Luft. Sogar in Ghom, dem religiösen Zentrum des Landes, gehen Menschen auf die Straße und rufen „Wir wollen keine islamische Republik!“ – eine Absage an die fundamentalistische Mullah-Diktatur. In sozialen Internet-Medien zeigen Aktivisten, Blogger und Journalisten täglich Videos von neuen Kundgebungen, wo Menschen lautstark das Ende des Regimes und die Absetzung des obersten Regimeführers fordern.

Durch die Sperrung des Internets und andere Zensurmaßnahmen versucht das Regime zu verhindern, dass Berichte über die Lage im Iran an die Öffentlichkeit kommen. Einige von Aktivisten genutzte Plattformen in sozialen Medien wurden ganz blockiert, um das Ausmaß der Proteste zu verschleiern. In den iranischen Staatsmedien wurden die Bürgerproteste entweder verschwiegen oder für beendet erklärt.



Regimegewalt gegen Bürgerproteste: Tote, Verletzte, Massenverhaftungen

Gleichzeitig reagiert das Teheraner Regime mit Gewalt und Unterdrückung auf die Bürgerdemonstrationen. Es wurden paramilitärische Milizen und militärische Truppen mobilisiert, um die Proteste gewaltsam niederzuschlagen. Berichten zufolge sollen sogar afghanische Söldner, die bereits in Syrien für die iranischen Revolutionsgarden gekämpft haben, gegen die Demonstranten im Iran eingesetzt worden sein.



Irans Armeechef Abdulrahim Mussawi hat am 4. Januar gedroht, das Militär gegen die Demonstranten in seinem Land einzusetzen. Die iranische Armee stehe nach seinen Angaben zur Niederschlagung weiterer Proteste bereit. Er bezeichnete die Demonstranten als „vom Teufel verführt“.

Die Revolutionsgarden, das Haupt-Unterdrückungsorgan des Regimes, haben nach eigenen Angaben Einsatzkräfte in drei Provinzen des Landes geschickt. Der Oberkommandierende Dschafari sagte am 4. Januar in Teheran, seine Truppen würden den Protesten in Hamedan, Isfahan und Lorestan ein Ende setzen.

Die Regime-Milizen und Revolutionsgarden setzten auch Schusswaffen ein und schossen wahllos in die Ansammlungen von friedlichen Demonstranten. Inzwischen wird von 50 Demonstranten berichtet, die seit Ende Dezember von Regimetruppen erschossen oder zu Tode geprügelt wurden. Hunderte Menschen wurden verletzt.

Allein am 2. Januar wurden aus der Stadt Qahderidjan in der zentraliranischen Provinz Isfahan 10 tote Demonstranten gemeldet. Weitere Tote gab es in den Städten Doroud, Izeh, Toysirkan, Shahin-Shahr, Hamedan und Nourabad. Der Gouverneur der Stadt Izeh in der südwestiranischen Provinz Khusistan sprach Anfang Januar von „mehreren Toten und Verletzten innerhalb der letzten Tage“.

Amnesty International: Die brutale Unterdrückung der Bürgerproteste im Iran muss aufhören!



Amnesty International hat am 4. Januar darauf hingewiesen, dass die Unterdrückung der Bürgerproteste im Iran sich in alarmierender Weise verschärft. Die Menschenrechtsorganisation forderte die iranischen Machthaber auf, das Recht auf friedliche Proteste zu achten. Sie forderte außerdem die Untersuchung von Berichten, nach denen Sicherheitskräfte ungesetzlich gehandelt und Schusswaffen gegen unbewaffnete Demonstranten eingesetzt haben. Hunderte inhaftierte Menschen müssten vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt werden.

Wenn Sicherheitskräfte Schusswaffen gegen unbewaffnete Demonstranten einsetzen, so Philip Luther, Nahost-Experte bei Amnesty International, stelle das eine Verletzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen des iranischen Regimes dar. Die Tötungen von Demonstranten müssten unabhängig untersucht werden, und alle, die für die exzessive Gewalt gegen die Teilnehmer der Proteste verantwortlich seien, müssten strafrechtlich verfolgt werden.

Mehr als 1000 Menschen seien in den letzten sieben Tagen in Gefängnissen eingesperrt worden, die für Folter berüchtigt seien, so Amnesty International. Viele verhaftete Demonstranten hätten keinen Zugang zu Familienangehörigen oder Anwälten. Die iranischen Machthaber seien bekannt für willkürliche Massenverhaftungen von friedlichen Demonstranten, so Philip Luther. Die derzeitige Verhaftungswelle sei alarmierend, und es sei wahrscheinlich, dass viele der Verhafteten friedliche Demonstranten seien, die willkürlich festgenommen wurden und jetzt in Gefängnissen sitzen, wo Folter ein übliches Mittel ist, um Dissidenten zu bestrafen und zu Geständnissen zu zwingen.

Amnesty International forderte die sofortige und bedingungslose Freilassung aller, die allein wegen ihrer friedlichen Teilnahme an den Protesten oder wegen ihrer Regimekritik festgenommen wurden. Alle Inhaftierten müssten vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt werden.



Studentinnen und Studenten, die im Teheraner Evin-Gefängnis festgehalten werden

Die in den letzten Tagen zunehmenden Einschüchterungen von Demonstranten und die völlig ungerechtfertigten Restriktionen des Rechts auf Meinungsfreiheit im Internet lassen befürchten, dass die iranischen Machthaber immer härter durchgreifen werden, um die Stimmen der Dissidenten zum Schweigen zu bringen, so Philip Luther.

Viele Menschen im Iran, so Amnesty International, wollten ihr Recht auf friedlichen Protest wahrnehmen. „Anstatt dies mit Repressalien zu belegen und die Demonstranten in absurder Weise zu beschuldigen, sie wären an vom Ausland organisierten Verschwörungen beteiligt, sollten die iranischen Machthaber sich lieber mit ihrem eigenen Versagen im Bereich der Achtung von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten befassen.“

Tausende Demonstranten verhaftet

Drohende Hinrichtungen

Im ganzen Land dauern die willkürlichen Massenverhaftungen an. Berichte sprechen von über 8000 Verhaftungen seit Ende Dezember. Allein vom 30. Dezember bis zum 1. Januar wurden in Teheran nach offiziellen Angaben 450 Menschen festgenommen.

Unter den Festgenommenen sind hunderte Studenten. Verhaftet wurden auch Bürgerjournalisten, die im Internet über die Proteste berichtet haben, bekannte Menschenrechtsaktivisten und Familienangehörige, die Informationen über das Schicksal festgenommener Demonstranten verlangten.

Die Verhafteten werden in Foltergefängnisse gesperrt, wo sie keinen Zugang zu einem Rechtsanwalt oder Familienangehörigen haben. Mehrere hundert verhaftete Demonstranten werden zurzeit im Evin-Gefängnis in Teheran und im Gohardasht-Gefängnis der Stadt Karaj, ca. 50 km von Teheran entfernt, festgehalten.

Bei vielen Verhafteten ist unklar, wo sie festgehalten werden. Die Gefängnisbehörden verweigern Auskünfte darüber. Berichten zufolge sollen die Gefangenen gezwungen werden, sich vor laufenden Fernsehkameras selbst zu beschuldigen und zu „bereuen“.

Im Iran sind alle regimekritischen Versammlungen grundsätzlich verboten. Das Regime behauptet, die Bürgerproteste seien „vom Ausland organisierte Verschwörungen“, und droht den Verhafteten mit hohen Strafen wegen ihrer Beteiligung daran. Den gefangenen Demonstranten werden sog. „staatsfeindliche Aktivitäten“ vorgeworfen. Damit droht ihnen die Todesstrafe. Fanatische Regime-Kleriker hetzen gegen die Demonstranten und fordern ihre Hinrichtung.

Tote nach Folter und Misshandlungen in iranischen Gefängnissen

Zunehmend wird über verhaftete Demonstranten berichtet, die in der Haft durch Folter oder andere Misshandlungen getötet wurden.

Der 23-jährige Sina Ghanbari starb am 6. Januar im Teheraner Evin-Gefängnis. Während das Regime behauptet, er habe sich selbst getötet, war sein Tod Menschenrechtlern zufolge eine Folge der Misshandlungen in der Haft.

Laut der bekannten Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wurden vier weitere Todesfälle in iranischen Gefängnissen bekannt, zwei davon im Evin-Gefängnis. Mindestens zwei weitere festgenommene Demonstranten – Vahid Heydari und Mohsen Adeli – starben Berichten zufolge im Januar in der zentraliranischen Stadt Arak und in der südwestiranischen Stadt Dezfoul. Menschenrechtler und Familienangehörige zweifeln in allen vier Fällen die offizielle Behauptung an, dass sich die Inhaftierten selbst getötet hätten.

Amnesty International forderte am 9. Januar, dass diese Todesfälle unverzüglich untersucht werden müssen. Außerdem müssten die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um Inhaftierte vor Folter zu schützen und weitere Tote zu verhindern.

"Die Geheimhaltungspolitik und die mangelnde Transparenz über das, was mit diesen Häftlingen geschah, ist alarmierend. Anstatt voreilig zu erklären, dass sich die fünf selbst umgebracht hätten, müssen die Behörden sofort eine unabhängige, unparteiische und transparente Untersuchung einleiten, die auch eine unabhängige Autopsie umfasst", sagte Magdalena Mughrabi, stellvertretende Leiterin Amnesty International für den Bereich Naher Osten und Nordafrika.

"Wir dokumentieren seit langem die alpträumerhaften Zustände in iranischen Hafteinrichtungen, auch den Einsatz von Folter. Alle, die für die Todesfälle verantwortlich sein könnten, sollten vorerst suspendiert werden. Sie müssen in einem Verfahren vor Gericht gestellt werden, das den internationalen Standards für ein faires Gerichtsverfahren entspricht und in dem nicht auf die Todesstrafe zurückgegriffen wird."



Vor dem Evin-Gefängnis in Teheran: Familienangehörige fordern die Freilassung verhafteter Demonstranten.

Zahlreiche Familienangehörige der vielen Hundert Inhaftierten berichten, dass sie keine Auskunft über ihre inhaftierten Angehörigen erhalten. Stattdessen seien sie von den Behörden bedroht und eingeschüchtert worden, und das nur, weil sie Fragen gestellt hatten.

"Die iranischen Behörden müssen die Angehörigen nicht nur über den Verbleib der Inhaftierten informieren, sondern auch Besuche durch Familienangehörige zulassen und eine rechtliche Vertretung sicherstellen. Niemand sollte Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt sein, weil er sich nach dem Verbleib einer geliebten Person erkundigt oder deren Schicksal aufklären möchte", betonte Magdalena Mughrabi.

Drohungen und Repressalien gegen Familienangehörige von Verhafteten

In verschiedenen Städten berichteten Familien von Gefangenen, dass sie keine Auskunft über ihre festgehaltenen Angehörigen erhalten und eingeschüchtert werden. Ihnen wurden Repressalien angedroht, wenn sie mit Medien über die Festnahmen sprechen. Es gab sogar Verhaftungen von Familienangehörigen, die Fragen über festgenommene Demonstranten stellten.

Dennoch versammeln sich seit Anfang Januar immer wieder Familienangehörige vor den iranischen Gefängnissen, um die Freilassung der Gefangenen zu fordern und Informationen über die Lage der Verhafteten zu erhalten. Sie werden regelmäßig von bewaffneten Regime-Gardisten auseinandergetrieben und bedroht.

Bürgerproteste im Iran:

Weltgemeinschaft verurteilt repressives Vorgehen des Teheraner Regimes

Bundesregierung fordert Achtung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit

Die Bundesregierung erklärte am 3. Januar, sie beobachte die eskalierende Gewalt im Iran mit Sorge, insbesondere die Berichte über Todesopfer und zahlreiche Verhaftungen. "Wir rufen die Regierung in Teheran dazu auf, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu achten", sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Demmer.

Aus Sicht der Bundesregierung sei es legitim und verdiene Respekt, wenn Menschen ihre wirtschaftlichen und politischen Anliegen couragiert in die Öffentlichkeit tragen, so Demmer. Dies geschehe derzeit im Iran.

Die iranische Regierung, so die Regierungssprecherin weiter, solle "auf die aktuellen Proteste mit der Bereitschaft zum Dialog reagieren". Würden Einzelne die Proteste für Gewalttaten missbrauchen, sollte der Staat darauf verhältnismäßig und mit rechtsstaatlichen Mitteln reagieren.

Hoher Menschenrechtskommissar der UNO erschüttert über Berichte über getötete Demonstranten



Der Hohe Menschenrechtskommissar der UNO, Zeid Ra'ad Al Hussein (Bild), forderte die iranische Führung am 3. Januar auf, die Gewalteskalation nicht weiter voranzutreiben und alle Fälle von

getöteten und verletzten Demonstranten zu untersuchen. Er sei erschüttert über Berichte, nach denen mehr als 20 Menschen, darunter ein 11-jähriger Junge, getötet und hunderte Demonstranten festgenommen wurden. Die iranische Führung müsse die Rechte aller Demonstranten und Verhafteten, darunter ihr Recht auf Leben, achten und ihre Sicherheit gewährleisten.

Der Hohe Menschenrechtskommissar der UNO betonte, dass die Bürger, die im Iran auf die Straße gehen, um ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen, das Recht hätten, gehört zu werden. Ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit müssten voll und ganz geachtet werden.

Zeid Ra'ad Al Hussein forderte außerdem die Freilassung aller Personen, die allein wegen ihrer Beteiligung an friedlichen Protesten festgenommen wurden. Friedliche Proteste dürften nicht kriminalisiert werden. Sie seien ein legitimer Bestandteil der Demokratie.

Bereits am 2. Januar hatte UNO-Generalsekretär António Guterres durch einen Sprecher mitteilen lassen, dass er die Proteste im Iran sorgfältig beobachte. Die UNO bedauere den Verlust von Menschenleben und hoffe, dass weitere Gewalt vermieden wird. Das Recht der Menschen im Iran auf friedliche Versammlungen und Meinungsäußerungen müsse respektiert werden.

UN-Menschenrechtsexperten: Rechte der Demonstranten im Iran müssen respektiert werden!



Vier Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen haben sich am 5. Januar äußerst besorgt über Berichte geäußert, nach denen im Iran über 20 Menschen, darunter auch Kinder, getötet und Hunderte verhaftet wurden. Sie seien bestürzt darüber, wie die iranische Führung auf die Proteste reagiert habe. Sie forderten, dass die Verantwortlichen im Iran sich mit den Forderungen der Demonstranten befassen und ihre Rechte respektieren.



Bei den UN-Experten handelt es sich um:

Asma Jahangir, UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage im Iran

Agnes Callamard, UN-Sonderberichterstatterin für außergerichtliche, standrechtliche und willkürliche Hinrichtungen

David Kaye, UN-Sonderberichterstatter zur Meinungsfreiheit

Michel Forst, UN-Sonderberichterstatter zur Lage von Menschenrechtsverteidigern

Sie seien besorgt darüber, so die Experten, was nun mit den Verhafteten geschehen werde. Die Namen und Haft-Orte aller Personen, die im Zusammenhang mit den Protesten verhaftet wurden, sollten veröffentlicht werden, und ihnen sollte umgehend Zugang zu ihren Familienangehörigen und Rechtsbeiständen gewährt werden.

Die Anweisung der Regierung an die Revolutionsgarden, mit aller Härte gegen die Demonstranten vorzugehen, und die Drohungen der Justiz, die Verhafteten schwer zu bestrafen, seien inakzeptabel. Die Rechte der Demonstranten auf Leben, Meinungsfreiheit und friedliche Versammlung müssten gewahrt werden.

Die Menschenrechtsexperten äußerten sich auch sehr besorgt über Berichte, nach denen die Regierung das Internet für Mobiltelefone gesperrt hat und Anwendungen sozialer Medien wie Instagram und Telegram blockiert wurden, um die Proteste zu unterdrücken. In einigen Regionen sei das Internet völlig abgeschaltet worden. Das Blockieren von Kommunikationswegen stelle eine ernste Verletzung von Grundrechten dar.

Die UN-Experten forderten die iranische Führung auf, umgehend sicherzustellen, dass alle Bürger des Landes ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Frieden ausüben können, und dass sie nicht durch Gewaltanwendung daran gehindert werden.

Repression im Iran: Informationen über Todesopfer und verhaftete Demonstranten

Iranische Menschenrechtsverteidiger dokumentieren täglich Fälle von Verhaftungen und Tötungen von gefangenen Demonstranten durch Folter und Misshandlungen. Es werden auch immer mehr Fälle von Demonstranten bekannt, die während der Proteste von Regime-Gardisten getötet wurden.

Hier einige von unterschiedlichen Quellen bestätigte Fälle:

Todesopfer während der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste



Zu den Todesopfern gehört der 13-jährige Schüler Armin Sadeghi (im Bild oben Mitte), der am 1. Januar während eines Protestmarsches in der Stadt Khomeynishahr (Zentraliran) von Regime-Milizen erschossen wurde. Der Bildungsminister des Regimes bestätigte, dass mindestens zwei Jugendliche bei den Protesten getötet wurden.

Nematolah Salehi (im Bild rechts unten) wurde am 1. Januar in Isfahan (Zentraliran) erschossen. Aus der Stadt Shahin-Shahr nahe Isfahan wurden drei weitere Tote gemeldet.

Unter den 10 Demonstranten, die in der Stadt Izeh (südwestiranische Provinz Khusistan) erschossen wurden, sind Behzad Shahsavari (im Bild oben links) und Masoud Kiani (im Bild oben rechts).

Hamzeh Lashani (im Bild unten links) und Mehdi Kohzadi (im Bild unten Mitte) gehören zu den Todesopfern in der Stadt Doroud in der westiranischen Provinz Lorestan.



Zu den Todesopfern, die während der Bürgerproteste in der Stadt Qahderidjan nahe Isfahan (Zentraliran) von Regime-Gardisten erschossen wurden, gehört der 13-jährige Schüler Ahmad Heydari (Bild). Er starb am 1. Januar.



Der Demonstrant Asghar Haroun Rashidi (Bild) wurde am 1. Januar während eines Protestmarsches in der Stadt Joyabad nahe Isfahan (Zentraliran) erschossen. Am 14. Januar fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eine Trauerfeier für ihn statt.



Zu den Todesopfern, die während der Bürgerproteste in der Stadt Qahderidjan nahe Isfahan (Zentraliran) von Regime-Gardisten erschossen wurden, gehört der Kaufmann Gholam Hossein Shahab (Bild). Er starb am 1. Januar.



Der 40-jährige Landwirt Nematollah Shafiei (Bild) gehört ebenfalls zu den Todesopfern in der Stadt Qahderidjan nahe Isfahan (Zentraliran). Er starb am 2. Januar. Sein Bruder Hossein Shafiei berichtet, dass Nematollah am Rande eines Protestmarsches stand, als eine Kugel ihn tödlich in den Rücken und dann ins Herz traf. Ganz in der Nähe sei auch ein Jugendlicher erschossen worden. Der Familie sei von Regime-Gardisten verboten worden, öffentlich um den Toten zu trauern.



Der 23-jährige Hassan Torkashvand (Bild) wurde am 30. Dezember in der Stadt Karaj (nahe Teheran) während einer Demonstration von Regime-Gardisten angeschossen. Am 16. Januar erlag er im Bahonar-Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

Todesfälle nach Misshandlungen in der Haft



Der Demonstrant Mohammad Nassiri (Bild) wurde Anfang Januar in der Stadt Zanjan (Nordwestiran) festgenommen.

Einige Tage später wurde sein Leichnam der Familie übergeben. Die Gefängnisverantwortlichen behaupteten, er habe sich selbst getötet. Eine Autopsie wurde der Familie verboten.



Der 23-jährige Sina Ghanbari (Bild) starb am 6. Januar im Isolations-trakt des Teheraner Evin-Gefängnisses.

Während das Regime behauptet, er habe sich selbst getötet, war sein Tod Menschenrechtlern zufolge eine Folge der Misshandlungen in der Haft.



Der 22-jährige Mohammad Heydari (Bild) starb Anfang Januar in einer Polizeistation der Stadt Arak (Zentraliran), nachdem er am 31. Dezember bei Protesten festgenommen worden war.

Familienangehörige berichteten, dass sie bei dem Toten schwere Schädelverletzungen gesehen hätten, bevor er begraben wurde. Der Familie wurde unter Drohungen verboten, mit Medien zu sprechen. Eine Autopsie wurde nicht zugelassen.



In der Provinzhauptstadt Ahwaz (Südwestiran) wurde der Demonstrant Aria Rouzbehi-Babadi (Bild) Mitte Januar verhaftet. Kurz darauf wurde sein Leichnam im Fluss Karoon gefunden. Am 19. Januar wurde er unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt.



Der 20-jährige Demonstrant Shahab Abtahi (Bild) wurde während der Proteste in der Stadt Arak (Zentraliran) festgenommen. Nach 10 Tagen Haft wurde sein Leichnam, der zahlreiche Spuren von Schlägen aufwies, vor dem Haus seiner Familie abgelegt.



Am 12. Januar wurde in der westiranischen Stadt Sanandaj die Familie des 24-jährigen Saro Ghahremani (Bild) aufgefordert, den Leichnam ihres Sohnes im Leichenschauhaus abzuholen. Saro Ghahremani war am 4. Januar während einer Protestdemonstration festgenommen worden. Seither galt er als vermisst. Sein Leichnam war mit Spuren von Schlägen übersät.



Der 26-jährige Ali Pouladi (Bild) wurde am 12. Januar in der Stadt Chalous (Nordiran) festgenommen. Am 13. Januar wurde seine Familie informiert, dass er im Gefängnis verstorben sei. Seine Angehörigen beteuern, dass er bei seiner Verhaftung völlig gesund war und dass sein Tod nur eine Folge der Misshandlungen in der Haft sein könne. Der Familie wurde unter Androhung von Repressalien verboten, mit der Presse über den Tod von Ali Pouladi zu sprechen.

Gefangene in Gefahr



Am 15. Januar wurde in der Stadt Arak (Zentraliran) der Rechtsanwalt Mohammad Najafi (Bild) festgenommen. Er ist der Rechtsbeistand von Familien von getöteten Demonstranten und hat sich für die Aufklärung der Todesfälle in iranischen Gefängnissen eingesetzt.



Der Student Farshid Tajmiri wurde am 30. Dezember während der Proteste in der Stadt Hamedan (Westiran) verhaftet. Seither gilt er als vermisst.



In der Stadt Dezful (Südwestiran) wurde der Demonstrant Abdullah Falahi am 31. Dezember während eines Protestmarsches verhaftet. Seither gilt er als vermisst.



Die Menschenrechtsaktivistin Sepideh Farhan (Bild) wurde am 2. Januar in Teheran zusammen mit anderen Demonstranten festgenommen. Sie wird im Teheraner Evin-Gefängnis in Isolationhaft festgehalten und von Geheimdienst-Mitarbeitern verhört. Der Kontakt mit ihrer Familie wird nicht zugelassen.



Die Studentin Touran Mehraban (Bild) wurde am 31. Dezember in der Stadt Orumiyeh (Nordwestiran) wegen ihrer Teilnahme an den Bürgerprotesten festgenommen. Ihre Mutter konnte sie am 6. Januar im Gefängnis des Geheimdienstes in Orumiyeh sehen, wo sie erfuhr, dass die Gefangene gefoltert wurde. Seither gibt es keine Nachrichten von Touran Mehraban.



Der Demonstrant Arash Mohammadi (Bild) wurde am 3. Januar in der Stadt Karaj nahe Teheran festgenommen. Kurz darauf berichtete er seiner Familie telefonisch von Misshandlungen im Gefängnis. Seither gibt es keine Nachrichten von ihm. Die Gefängnisbehörden verweigern jegliche Auskünfte.

Sippenhaft



In der Provinzhauptstadt Tabriz (Nordwestiran) stürmten Regime-Gardisten am 15. Januar die Wohnung der Familie des Studenten Omid Aghdami (im Bild mit seiner Mutter), der sich in der Studentenbewegung und für die Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzt. Da Omid Aghdami sich zurzeit in der Türkei aufhält, wurde seine Mutter Akram Emangholi verhaftet. Ihr wurde angekündigt, dass sie solange im Gefängnis festgehalten wird, bis ihr Sohn in Haft genommen wird.

Internationale Kampagne: Gewalt gegen Demonstranten stoppen! Gefangene freilassen! Menschenrechte verteidigen!

Menschenrechtler und Exiliraner haben im Januar mit einer großen internationalen Hilfskampagne begonnen, mit dem Ziel, dass alle verhafteten Demonstranten im Iran sofort freigelassen werden.

Die Lage der Gefangenen in Lebensgefahr muss weltweit bekanntgemacht werden. Der internationale Druck auf das Teheraner Regime muss stark zunehmen, damit die Gewalt gegen friedliche Demonstranten und Gefangene aufhört.

Die UNO muss sich endlich wirksam für die Menschenrechte im Iran einsetzen. Das Recht der iranischen Bevölkerung auf friedliche Proteste und Versammlungs-, Meinungs- und Redefreiheit muss verteidigt werden.



Mahnwachen in Berlin, Paris und London